

# Behindertenhilfe in der Politik

Autor(en): **Weber, H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **GZ in Kontakt : Gehörlosenzeitung für die deutschsprachige Schweiz**

Band (Jahr): **87 (1993)**

Heft 12

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-924649>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# SVG-Podiumsdiskussion zum Thema Behindertenhilfe in der Politik

la/Nach der bewegenden Delegiertenversammlung vom morgen (GZ Nr. 11) trafen sich die Delegierten und Gäste des SVG nach dem Mittagessen wieder im Rathaussaal von Winterthur. Am Nachmittag stand nun eine Podiumsdiskussion auf dem Programm. Unter der Leitung von Alexander Grauwiler diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Bereichen des Gehörlosenwesens mit der Nationalrätin Angeline Fankhauser und dem IV-Vertreter P. Aebischer zum Thema «Behindertenhilfe in der Politik».

**Nationalrätin Fankhauser** fragte gleich zu Beginn ihres Einführungsreferates: «Wie gleichberechtigt sind eigentlich Behinderte?» Die Antwort kennen wir alle. Und deshalb schlug sie den Gehörlosen vor, ihre Interessen in der Politik selbst zu vertreten. Zum Beispiel könnten sie bei den nächsten eidgenössischen Parlamentswahlen auf den normalen Listen der Parteien oder gar auf einer eigenen Liste für den Nationalrat kandidieren. Laut Fankhauser wäre es mit guter Lobbyarbeit denkbar, dass pro Sprachregion ein Gehörloser oder eine Gehörlose gewählt würde. Es müssten sicher einige Massnahmen ergriffen werden, um die Kommunikation im Bundeshaus zu gewährleisten, genauso wie man 1991 das Bundeshaus für einen gewählten Rollstuhlfahrer rollstuhlgängig machen musste. Die Rampen und der Lift haben im Fall des Rollstuhlfahrers die Kommunikation ermöglicht, wie Fremdsprachendolmetscher die Kommunikation zwischen den verschiedenen sprachigen Parlamentariern/-innen ermöglicht. Zwischen Hörenden und Gehörlosen Parlamentariern/-innen würde eine Gebärdensprachdolmetscherin die Kommunikation ermöglichen. Durch eine einzige gehörlose Person und deren Dolmetscherin im Parlament würde die Öffentlichkeit schlagartig und regelmässig auf die Gehörlosen und deren Probleme aufmerksam gemacht.

Weiter führte Frau Fankhauser aus, dass für die soziale Integration im Sinne einer Anti-Diskriminierung alle Kräfte gebündelt werden müssen. Mit der Gleichberechtigung als Ziel, die ein Recht auf Entwicklung und demokratische Beteiligung bedeuten kann.

## Am Anfang der Öffentlichkeitsarbeit

**Monika Hostettler**, Präsidentin der Elternvereinigung, hielt fest: «Wir stehen noch sehr am Anfang der Öffentlichkeitsarbeit.» Dies gilt fast für das ganze Gehörlosenwesen und muss schon in naher Zukunft angegangen werden. Denn wie Frau Hostettler weiter ausführte, können die grossen Aufgaben der Organisationen im Gehörlosenwesen längerfristig nur mit Hilfe der Öffentlichkeit und vor allem der IV bewältigt werden. Ein konkretes und grosses Anliegen der Elternvereinigung ist zum Beispiel eine neutrale Beratungsstelle für Eltern, an die sie sich bei der Diagnose «Hörbehinderung» wenden können.

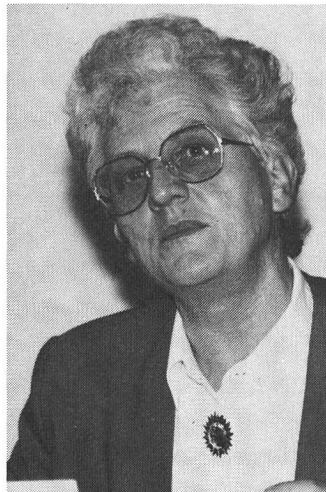
## Gleiches Recht

**Peter Matter**, Präsident des SGB Deutschschweiz, formulierte die Erwartungen des SGB an die Politiker/-innen und die Öffentlichkeit. Die zentrale Fragen lauteten: Wie ist der politische Weg, damit die Gehörlosen als Minderheit mit eigener Kultur akzeptiert werden? Das bedeutet auch, wie erreicht man die Anerkennung der Gebärdensprache als eigenständige Sprache? Der SGB fordert das gleiche Kommunikationsangebot für Gehörlose wie für Hörende in allen Bereichen und die gleichen Bildungs- und Ausbildungschancen. Weiter soll die Mitsprache und Mitarbeit von Gehörlosen vor allem in Gremien und Kommissionen, die sie selber betreffen (z.B. Heime, Schulen etc.) selbstverständlich werden.

## Finanzielle Probleme und Lobbyarbeit

**Max Haldimann**, Leiter der Beratungsstelle für Gehörlose in Bern, zeigte die finanziellen Probleme der Beratungsstellen auf. Ein Grund für diese Probleme ist, dass die IV die soziale und berufliche Integration unterschiedlich gewichtet.

Im Kanton Bern z.B. wären laut Gesetz die Gemeinden für alle Fürsorge zuständig. Tatsache ist jedoch, dass die Gemeinden gegenüber Gehörlosen nicht in der Lage sind, diese Pflicht zu erfüllen und deshalb immer wieder an die Beratungsstelle für Gehörlose gelangt. Es



Nationalrätin Angeline Fankhauser zeigte in ihrem Votum klar auf, wie wichtig Lobby-Arbeit in der Politik ist. Foto: Isn

scheint deshalb nur richtig, dass der Kanton die Stelle mitunterstützt. Der Kanton wiederum ist aber auch in Finanznot, deshalb ist es schwierig die nötige Unterstützung zu erhalten. Die zentrale Frage von Herrn Haldimann deshalb an die IV: Wie stehen die Chancen, die soziale Eingliederung der beruflichen Eingliederung gleichzustellen? Denn das würde die Finanzierung der Beratungsstellen stark erleichtern.

Max Haldimann betonte anschliessend auch, wie wichtig es ist, dass alle Kräfte im Gehörlosenwesen sich zusammenfinden. Bei allen unterschiedlichen Auffassungen über Lehrerfragen, Gebärdensprache und Lautsprache

---

**Die Politik ist zu kostbar, um sie den Politikern zu überlassen.**

**Die Politik machen wir!**

H. Weber,  
Rektor Berufsschule

---

che etc. müssen alle zusammen eine Lobby bilden. «Erst dann werden wir auf dem politischen Parkett etwas erreichen können.»

## Emotionale Beziehungen sind wichtig

**Jan Keller**, Direktor der Kantonalen Gehörlosenschule in Zürich, führte aus, dass sehr

wenig Politiker/-innen über ein breites Wissen in Behindertenfragen verfügen. Da die Schule von vielen Kostenträgern finanziert wird, sei er verpflichtet, diese zu überzeugen, dass ihr Geld gut angelegt ist. Einerseits sei bei der Orientierung der Politiker/-innen der persönliche Kontakt wichtig. So sei es sehr schnell möglich, Sympathie für eine Behinderung zu wecken. Andererseits muss man auf fachlicher und sachlicher Ebene überzeugen, dass Antworten vorhanden sind oder zumindest gesucht werden für die Probleme mit der Gehörlosigkeit.

**Heinrich Weber**, Rektor der Berufsschule für Hörgeschädigte, betonte: «Es ist wichtig, dass wir nicht immer der gleichen Meinung sind, aber es ist auch gegen aussen wichtig, wie wir miteinander umgehen. Das heisst, mit mehr Achtung, mit mehr Verständnis füreinander und mit einem Blick aufs Ganze, und wir lernen gemeinsam zu agieren.»

## Grundwünsche

**Beat Kleeb**, Präsident SVG, erläuterte nochmals die Forderungen der Gehörlosen, dass sie keine Einschränkungen haben in ihrer Lebensqualität, dass sie die gleiche Lebensqualität erreichen können wie die Hörenden, die gleichen Bildungschancen, die gleichen Kommunikationsmöglichkeiten. Das ist der Grundwunsch der Gehörlosen. Der SVG als Dachverband hat die Aufgabe, diesem Ziel näher zu kommen. Viele Schritte sind in den letzten Jahren schon gemacht worden. Zum Beispiel bei den Dolmetscher, weil die IV bereit war, diese zu bezahlen. Ein neuer Gerichtsentscheid wird nun aber die Entwicklung für die zweite berufliche Ausbildung sehr erschweren. Das ist sehr schlimm, da die Gehörlosen nur über den zweiten Bildungsweg eine berufliche Höherqualifikation erreichen können. Die direkte akademische Laufbahn ist für die meisten Gehörlosen nicht möglich. Durch diesen Gerichtsentscheid sind wir nun über Jahre, bis zur nächsten IV-Revision, blockiert.

*Die Stellungnahme der IV-Vertreter sowie die Fragen aus dem Publikum und deren Beantwortung finden Sie in der nächsten GZ.*